

Ihre EJZ heute



Ehrlich gesagt: Verglichen mit den dramatischen Ereignissen von damals ist der 17. Juni 1953 im heutigen Bewusstsein doch weit weg. 70 Jahre, um genau zu sein. Wenn man jüngere Menschen fragen würde, was sie mit diesem Tag verbinden, dann wäre die Antwort vermutlich: nichts. Aber das ist vielleicht genau der Lauf der Dinge. Vergangenes rückt in den Hintergrund, Neues tritt an seinen Platz. Ich habe mich für die Leser der EJZ eingehend mit dem Volksaufstand in der ehemaligen DDR beschäftigt. Das Ergebnis lesen Sie auf Seite 7. Die ganze Dramatik, das Lebensgefühl der Menschen damals lässt sich möglicherweise gar nicht mehr authentisch reproduzieren. Zeitzeugen sind rar geworden, die Wende ziemlich sicher den meisten Menschen gefühlsmäßig näher. Nicht zuletzt deswegen, weil sie der Geschichte der innerdeutschen Teilung am Ende ein gutes Ende gegeben hat. Als Pastor Eberhard Maltius 1989 beim letzten 17.-Juni-Gedenktag vor der Wende in Lüchow den Blick auf Asylfragen und Ausländer lenkte, war er vorausschauender, als er damals ahnen konnte. Diese Debatte bestimmt unser Leben und unsere politische Einstellung mehr denn je. Ach ja, auch Panzer spielen aktuell wieder eine Rolle. Vielleicht muss ich mich korrigieren: Vergangenes rückt in den Hintergrund und taucht manchmal in neuer Form wieder auf.

Ihr Jens Heymann
Sie erreichen die EJZ-Redaktion werktags von 8.30 bis 18 Uhr unter der Telefonnummer (058 41) 1271 60.

Der direkte Draht zur EJZ-Redaktion:
 E-Mail: redaktion@ejz.de



Der Lüchow-Dannemberger Kreistag beschäftigte sich in seiner jüngsten Sitzung wieder einmal mit den Planungen zur Elbebrücke bei Neu Darchau. *Aufn.: R. Groß*

Brückenvertrag: Kündigung nicht möglich

VON KARL-FRIEDRICH KASSEL

Die geplante Neu Darchauer Elbebrücke beschäftigte den Kreistag mehrfach

Gartow. Der Kreistag hat in Sachen Elbebrücke Neu Darchau Zuständigkeiten abgegeben. Mit knapper Mehrheit beschlossen die Abgeordneten am Mittwoch in Gartow, der Verwaltung Absprachen mit ihren Lüneburger Kollegen zu überlassen. Damit hob der Kreistag einen Beschluss von 2005 auf. Damals hatte er alle Verfahren zur Brücke an sich gezogen. Das galt aus Sicht der Verwaltung auch für Detailfragen wie etwa die Gestaltung von Kreuzungsbereichen oder Haltestellen. Jeder Kontakt auf der Fachebene mit den Verwaltungskollegen in Lüneburg muss nach dieser Auffassung dem Kreistag vorgelegt werden. Nach dem neuen Beschluss sollen politische Abwägungsprozesse auch weiterhin dem Kreistag vorbehalten bleiben.

Dass eine Selbstverständlichkeit gesondert beschlossen werden sollte, verärgerte Kritiker. Kurt Herzog (Soli) wies darauf hin, dass die Verwaltung eigentlich tätig werden und dem Landkreis Lüneburg die Weiterarbeit

an der Brücke untersagen müsste. Denn Lüneburg sei mitten in der Planung, und Planung sei Teil der Bauarbeiten. Die aber dürften nur bei einer Ortsumgehung von Neu Darchau und Katenin fortgesetzt werden. Wenn das die Auffassung des Kreistages über eine frühere Entscheidung sei, würde sie diesen Beschluss selbstverständlich umsetzen, meinte Baudirektorin Maria Stellmann.

Knappe Mehrheit
 Auf jeden Fall würde es die Rechtsposition des Landkreises Lüchow-Dannenberg in einem möglichen späteren Rechtsstreit mit Lüneburg verschlechtern, jetzt die Aufhebung der Regelung von 2005 zu beschließen, warnte Herzog. Auch Kerstin Peters (SPD) verwies auf rechtliche Nachteile. So sei der Gemeinde Neu Darchau schon einmal von einem Gericht entgegengehalten worden, man hätte den Vertrag

mit Lüneburg über den Bau der Brücke kündigen können. Keinerlei Vorschub für die Brückenplanung sah dagegen Uwe Dorendorf (CDU) in der Absicht, der Verwaltung wieder mehr Kompetenzen in dem Verfahren zurückzugeben. Es gehe um eine Arbeitsentlastung. Mit 15 gegen 14 Stimmen bei vier Enthaltungen hob der Kreistag seinen Beschluss von 2005 auf.

Die von Lüneburg geplante Elbebrücke in Neu Darchau beschäftigte den Kreistag auch in einem weiteren Tagesordnungspunkt. Die Verwaltung war dem Auftrag nachgekommen und hatte eine rechtliche Stellungnahme erarbeitet zu der Frage, ob Lüchow-Dannenberg den Brückenvertrag mit Lüneburg kündigen könnte, weil die Geschäftsgrundlage gestört sei. 2009 hatten die beiden Landkreise, die Samtgemeinde Elbtalaupe und die Gemeinde Neu Darchau einen Vertrag über den Bau der Brücke ge-

schlossen. Lüchow würde sich mit 700 000 Euro an den Baukosten beteiligen, wurde vereinbart. Über die Beteiligung an den Unterhaltungskosten sollte entschieden werden, wenn absehbar sei, wie groß der Nutzen für die jeweiligen Körperschaften sein würde.

Finanzielle Verpflichtung gestiegen
 Einer Kündigung dieses Vertrages seien hohe Hürden gesetzt, stellte die Kreisverwaltung am Mittwoch fest. Die finanzielle Verpflichtung Lüchow-Dannenburgs sei ohne Zweifel gestiegen. Doch das reiche nicht, um von einer Störung der Geschäftsgrundlage und damit von einem Kündigungsgrund reden zu können. Schließlich seien die genauen Auswirkungen noch gar nicht abzuschätzen. Außerdem seien die Unterhaltungskosten in dem Vertrag nicht geregelt. Erst später sollten Details verabredet werden. Trotz der gestiegenen Kosten sei deshalb eine Kündigung des Vertrages nicht möglich, erklärte die Kreisverwaltung.

Juwelierraub: Phantombild veröffentlicht

Lüchow. Die Ermittler im Fall des Raubs bei Juwelier Wilkens am Montag, dem 5. Juni, gegen 11 Uhr an der Langen Straße in Lüchow gehen nun mit einem Phantombild des Täters in die öffentliche Fahndung. Die Polizei beschreibt den etwa 40- bis 45-Jährigen als ungefähr 1,75 Meter groß, schlank, ungepflegt und mit wenigen Zähnen. Insgesamt wird er als osteuropäisch eingeschätzt, der dazu gebrochenes Deutsch spricht. Die zur Tatzeit getragene Kleidung bestand aus einer schwarzen Weste, Trainingshose, einer blauen Schirmmütze und einer ebenfalls blauen, großen Umhängetasche. Die sofortige Fahndung führte nicht zum Ergreifen des Flüchtigen. Die Polizei weitete die Ermittlungen in der Folge auf eine andere Tat im benachbarten Sachsen-Anhalt aus und nahm bereits bekannte verdächtige Personen ins Visier. Nun soll die Öffentlichkeit Hinweise an die Polizei Lüchow liefern. Dies ist unter Telefon (058 41) 12 20 möglich. *ejz*



KGS: Infos über völkische Siedler

Clenze. Nach dem Protest gegen einen Lehrer der KGS Clenze, der offenbar einer Familie rechtsextremer völkischer Siedler angehört, will die Schule bei einem öffentlichen Infoabend darüber sprechen, worum es sich bei völkischen Siedlern handelt. Es gebe großen Informationsbedarf in Schüler- und Elternschaft, heißt es. Referent ist Martin Raabe von der Gruppe „beherzt“, die sich seit Jahren gegen rechtsextremes Gedankengut einsetzt. Der Infoabend beginnt am Mittwoch, dem 21. Juni, um 19 Uhr in der KGS-Mensa. *ejz*

Starke Debatte bei dünn besetztem Podium

Paneldiskussion des Kreiselternterrats stritt für bessere Bildung, mehr Inklusion und weniger Mobbing an hiesigen Schulen

VON JUDITH KAHL

Dannenberg. Der Kreiselternterrat sieht dringenden Handlungsbedarf in puncto Inklusion, Lehrqualifikation und Digitalisierung an hiesigen Schulen. Das machten die drei Vorstandsmitglieder, Bianca Schulz, Maja Gröneck und Sandra Wiegrefe, bei der Podiumsdiskussion in der Aula des

Fritz-Reuter-Gymnasiums in Dannenberg am Donnerstagabend deutlich. Der Rat hatte bereits im vorigen Jahr ein solches Podium organisiert (EJZ berichtet). Ziel sei es, künftig jährlich zu solch einem Format einzuladen, in dem der Rat gemeinsam mit Lokalpolitikern, Lehrkräften, Eltern und Schülern Probleme an den Schulen im Kreisgebiet offenlegt und mögliche Lösungen diskutiert.

Als Referenten nahmen am Donnerstag der Landtagsabgeordnete Uwe Dorendorf (CDU), der Vorsitzende des Kreisschulsausschusses Norbert Schwidder (SPD) und der Vorsitzende der FDP in Lüchow-Dannenberg, Jens Deward, teil. Daneben hatte der Rat auch weitere Vertre-

terinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung angefragt, die aber alle abgessagt hatten. „Frustrierend“ sei das, räumte Sandra Wiegrefe ein. Dennoch kamen rund 60 Teilnehmende zu der knapp zweistündigen Veranstaltung. Etwa doppelt so viele wie im Vorjahr. Sie gestalteten die Debatte entschieden mit. Für das Thema Digitalisierung blieb dabei kaum Zeit.

Fachkräftemangel bremst Inklusion
 Wer Kinder mit und ohne Förderbedarf gemeinsam unterrichten und angemessen beim Lernen begleiten wolle, komme nicht umhin, Personal einzustellen, hieß es aus dem Publikum. Ein anderer ergänzte: Es brauche

insbesondere für ältere Lehrkräfte ein niedrigschwelliges und regelmäßiges Angebot, sich in Sachen Inklusion weiterzubilden. Gröneck schlug vor, Klassenassistenten einzuführen, die die Lehrkräfte während des Unterrichts unterstützen. Der Vorschlag stieß bei Norbert Schwidder auf Interesse. Gleichzeitig wies er aber darauf hin, dass die Finanzierung für mehr Sozialarbeiterinnen und -arbeiter an den Schulen unklar sei. Zudem sei offen, wo angesichts des bundesweiten Fachkräftemangels das Personal herkommen soll.

Zwei Schülerinnen erweiterten die Diskussion kurzerhand um das Thema Mobbing. Eine der beiden habe selbst Mobbing erlebt und nur eine Lehrkraft

habe damit umgehen können. Warum seien entsprechende Weiterbildungen nicht für Lehrkräfte verpflichtend, fragte die Schülerin in Richtung Podium. „Mobbing sollte nie und nirgends stattfinden“, plädierte Gröneck für ihr. Entschuldigen reiche in solchen Situationen nicht, machte eine andere Teilnehmerin klar. Die Vorfälle müssten bis zum Ende aufgearbeitet werden. Zur Not müssten Sanktionen folgen. In einer weiteren Veranstaltung will der Elternrat das Thema erneut aufgreifen.

Wie dem Lehrermangel zu begegnen sei, dazu hatten Podium, Publikum und Veranstalter gleichermaßen zahlreiche Ideen. Auch bei der Frage, wie sich die Qualität des Lehramtsstudiums

verbessern lasse, mangelte es nicht an Vorschlägen. Unklar blieb jedoch, an wen sich der Kreiselternterrat damit wenden sollte oder werde, um tatsächlich Veränderungen anstoßen zu können. Norbert Schwidder ließ vom Ersten Kreisrat, Simon Schermuly, ausrichten, dass sich Elternvertreterinnen und -vertreter von weiterführenden Schulen mit ihren Anliegen an ihn wenden können. Uwe Dorendorf lud den Kreiselternterrat für August oder September auf ein Treffen mit den Sprechern aller Parteien in den Landtag in Hannover ein. Dort könnte der Rat seine Anliegen im Kultusausschuss vorbringen. „Das Angebot nehme wir gerne an“, begrüßte Bianca Schulz den Vorschlag.